

Amerikanisches Memorandum zu den Schuman-Vorschlägen (16. Mai 1950)

Legende: In diesem Memorandum, das vor der offiziellen und positiven Stellungnahme des amerikanischen Präsidenten Harry S. Truman verfasst wurde, wird der Schuman-Plan als günstige Initiative für die internationale Politik der Vereinigten Staaten dargestellt.

Quelle: Archives historiques des Communautés européennes, Florence, Villa Il Poggiolo. Collections, COL. Sources américaines sur Jean Monnet, JMAS. Schuman Plan, JMAS63.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/amerikanisches_memorandum_zu_den_schuman_vorschlag_en_16_mai_1950-de-2677c5f1-2e4f-4a8e-8cdo-3aadae8ad6b8.html



Publication date: 06/07/2016

Kurzmitteilung an den Präsidenten

AUSSENMINISTERIUM WASHINGTON 17. Mai 1950

Außenminister Acheson teilte telegrafisch mit, dass es ihm wünschenswert erscheine, wenn Sie auf Ihrer morgigen Pressekonferenz ein paar lobende Worte für den Vorschlag Schumans zur Zusammenlegung der französischen und deutschen Kohle- und Stahlindustrie äußerten. Ich füge einen Textvorschlag für eine Erklärung mit Bitte um Berücksichtigung.

Außerdem finden Sie anliegend zu Ihrer vertraulichen Information ein Memorandum zum Schuman-Vorschlag.

James E. Webb
Stellvertretender Außenminister

Anlagen:

1. Erklärung.
2. Memorandum.

16. Mai 1950

MEMORANDUM BETREFFEND DEN SCHUMAN-VORSCHLAG ZUR ZUSAMMENLEGUNG DER FRANZÖSISCHEN UND DEUTSCHEN KOHLE- UND STAHLINDUSTRIE

Der Außenminister und Botschafter Bruce sind genau wie das Ministerium und die ECA überzeugt, dass Robert Schuman diesen Vorschlag in dem Versuch unterbreitete, das grundlegende, schwierige Problem der deutsch-französischen Annäherung zu lösen, und um einen Schritt in Richtung eines engeren Zusammenschlusses der europäischen Länder zu tun, der unserer Ansicht nach notwendig ist, wenn wir unsere politischen, wirtschaftlichen und strategischen Ziele in Europa erreichen wollen. Unseres Erachtens zielt der Vorschlag hauptsächlich darauf ab, die Schwerindustrien Frankreichs und Deutschlands so eng miteinander zu verflechten, dass die Franzosen in der Tat an der Ausrichtung und Entwicklung der deutschen Schwerindustrie beteiligt sind und auf diese Weise die französische Furcht vor einer neuen deutschen Aggression zerstreut wird. Gleichzeitig werden die Westdeutschen durch den Vorschlag ein so begründetes Interesse an Westeuropa entwickeln, dass ihr Beitritt zur westlichen Staatengemeinschaft gesichert wird.

Der Schuman-Vorschlag zur Zusammenlegung der französischen und deutschen Kohle- und Stahlproduktion unter dem Dach einer gemeinsamen „hohen Behörde“ ist allgemein gehalten und enthält keine Einzelheiten zur möglichen Umsetzung in die Praxis. Auch später eingegangene Informationen sind von sehr allgemeiner Art. Wir erwarten, relativ kurzfristig nähere Einzelheiten zu erfahren, ohne mit einer exakten Planvorlage zu rechnen. Bisher haben wir noch keinen Hinweis darauf, dass der Vorschlag bereits in solchem Maße ausgearbeitet wurde.

Ganz allgemein geht es bei dem Vorschlag darum, die französische und die deutsche Kohle- und Stahlindustrie in einem einheitlichen Wirtschaftssystem neu zu organisieren, das darauf basiert, die Produktion an den wirtschaftlichsten Standorten mit der höchsten Produktivität zu entwickeln, um auf diese Weise die Leistung und Produktivität der kombinierten Unternehmen zu erhöhen. Zölle und diskriminierende Transportkosten für Kohle und Stahl werden innerhalb dieses Wirtschaftsbereichs abgeschafft. Auch die Verbesserung und Angleichung der Arbeitsbedingungen wie Löhne, Sozialabgaben

und Steuern wird angesprochen. Unterstellt wären die Unternehmen einer „hohen Behörde“ aus unabhängigen, von den beteiligten Regierungen ausgewählten Vertretern mit einem vermutlich unparteiischen Vorsitzenden zur Beilegung von Differenzen. Die Franzosen betonen mit Nachdruck, dass es sich hierbei nicht um einen Kartellvorschlag handle, wobei sie hervorheben, dass der Zweck in der Steigerung der Produktion bestehe und man ein offenes System anstrebe. Sie schlagen vor, dass ein Vertreter der Vereinten Nationen die Arbeit der Behörde genau verfolgt und der UNO zweimal jährlich öffentlich Bericht erstattet. Jedem europäischen Erzeugerland würde es zudem offen stehen, sich an dem System zu beteiligen.

Der Schuman-Vorschlag wurde weithin als wichtiges Zeugnis für die Entschlossenheit und den Führungswillen Frankreichs begrüßt, bei der Vorlage eines konstruktiven Angebots, das eine dynamische Bewegung hin zur Integration Westeuropas in Gang zu setzen vermag.

Die Reaktionen der westdeutschen Regierung sind sehr positiv, und es deutet alles darauf hin, dass sich jene Regierung bereitwillig in die Verhandlungen über die Vereinbarung einbringen wird. Die Reaktion Italiens ist positiv. Seitens der Benelux-Staaten gibt es noch keine offizielle Reaktion. Großbritannien hat bisher zurückhaltend reagiert. Obwohl Herr Attlee die französische Initiative begrüßte, steht zu bezweifeln, dass die Briten eindeutig Stellung beziehen, bevor die Einzelheiten des Vorschlags weitaus präziser ausgearbeitet sind, als dies bis dato der Fall ist, und bevor eine sorgfältige Prüfung der Auswirkungen des Vorschlags auf die britische Industriepolitik sowie auf die Politik der Regierung für Vollbeschäftigung, höhere Löhne usw. stattgefunden hat.

Der Vorschlag wurde im Außenministerium ausführlich diskutiert. Obwohl der Außenminister und das Ministerium die französische Initiative aufrichtig begrüßten, warten wir noch auf weitere Einzelheiten, bevor wir endgültig Stellung beziehen. Selbstverständlich muss man die Gefahren sehen, die ein auf monopolistische Kontrolle über wichtige Wirtschaftsaktivitäten abzielender Vorschlag stets beinhaltet. Wir werden näher untersuchen wollen, welche Auswirkungen das Vorhaben auf unsere allgemeinen politischen, wirtschaftlichen und strategischen Zielsetzungen in Europa, auf amerikanische Wirtschaftstätigkeiten in Drittländern und auf die Entwicklung eines multilateralen, nicht diskriminierenden Handels haben könnte. Auch wenn wir in einer erfolgreichen Umsetzung des Vorschlags große Vorteile erkennen und deshalb gern unsere maximale Unterstützung geben würden, können wir ihm wohl erst dann eindeutig zustimmen, wenn wir mehr darüber wissen.

Wir sind dennoch der Ansicht, dass die französische Initiative von großer Bedeutung ist und dass wir es nicht zulassen sollten, diese Chance aus Nachlässigkeit oder aus Furcht vor eventuell damit verbundenen restriktiven Praktiken verstreichen zu lassen. Insbesondere begrüßen wir den Wiederauftritt Frankreichs als Führungsmacht und als Ideenquell – insbesondere weil es sich um eine Geste gegenüber Deutschland handelt, die umso wertvoller ist, wenn sie von Frankreich ausgeht als von irgendeinem anderen Land.

Die französische Regierung hat sich vor diesem Vorschlag weder mit den Vereinigten Staaten, noch mit Großbritannien oder einer anderen Regierung abgesprochen.

VORGESCHLAGENE ERKLÄRUNG für die PRESSEKONFERENZ DES PRÄSIDENTEN AM 18. MAI

Robert Schumans Vorschlag zur Zusammenlegung der französischen und deutschen Kohle- und Stahlindustrien ist ein Akt konstruktiver Staatskunst, den wir begrüßen. Diese Demonstration französischer Führung bei der Lösung der Probleme Europas folgt der großen französischen Tradition. Die rückhaltlose Annahme dieses Vorschlags in Deutschland ist nicht weniger ermutigend.

Dieser Vorschlag schafft die Grundlage für eine völlig neue Beziehung zwischen Frankreich und Deutschland. Er eröffnet eine neue Perspektive für Europa. Bei der weiteren Entwicklung dieses weit reichenden Plans werden viele schwierige Probleme zu lösen sein. Dennoch bin ich zuversichtlich, dass die Art kreativen Denkens, die in diesen Vorschlag eingeflossen ist, es ermöglicht, auch einzelne Details in

einer Weise auszugestalten, die nicht nur den unmittelbar betroffenen Ländern – einschließlich denen, die in diesen Unternehmen arbeiten, und denen, die die Erzeugnisse verwenden –, sondern der gesamten freien Welt zugute kommen wird.